



### Wahlprüfsteine – AWO-Frauen\*Netzwerk-Württemberg

Mit gezielten Fragen an **Kandidatinnen** aller demokratischer Parteien in den vier Stuttgarter Wahlbezirken setzt sich das AWO-Frauen\*Netzwerk- Württemberg dafür ein, den Frauenanteil im Landtag bei der Wahl am 08. März 2026 zu erhöhen und Frauen- und Gleichstellungspolitik stärker in den Fokus zu rücken.

## Fragen und Antworten

### Sara Dahme – SPD – Wahlbezirk II

#### AWO: Bereich Arbeit und Familie

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Carearbeit ist besonders für Frauen eine große Herausforderung und ein großes Spannungsfeld. Von Seiten der Politik und Kommunen ist es daher unerlässlich die Rahmenbedingungen zu verbessern. Die notwendigen Anforderungen sind ja bekannt, trotzdem ist sind die Kitas und Schulen noch immer viel zu unzuverlässig, um einer geregelten Arbeit nachzugehen.

#### Frage:

*Wie wollen Sie zukünftig die Verlässlichkeit der Kitas/Schulen verbessern, damit es für Frauen zuverlässig möglich ist ihre Berufstätigkeit mit der Carearbeit/Kindererziehung in der Familie gut miteinander zu verbinden?*

#### Antwort:

Familien brauchen verlässliche Unterstützung. Wir setzen uns für **gebührenfreie Bildung von Anfang an** ein – von der Kita bis zur Ganztagsschule. Alle Kitas und Kindergärten sollen gebührenfrei werden, der **flächendeckende Ausbau von Ganztagsschulen** mit verlässlicher Betreuung wird vorangetrieben. Der **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026** ist dabei ein zentraler Meilenstein und muss gemeinsam mit den Kommunen solide finanziert werden.

Um Betreuung sicherzustellen, stärken wir **Tagespflegeeltern, Betriebskitas** und investieren **50 Millionen Euro in die Gewinnung von Fachkräften** – durch Direkteinstieg, praxisintegrierte Ausbildung und bessere Arbeitsbedingungen, etwa durch multiprofessionelle Teams und Entlastung im Alltag.

## **AWO: Politische Verantwortung auf Landesebene – Istanbulkonvention – Frauenhäuser – Bezahlbarer Wohnraum**

### **1. Umsetzung der Istanbul-Konvention:**

Die Istanbul-Konvention verpflichtet Bund und Länder zu umfassenden Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt.

#### **Frage:**

*Welche konkrete politische Verantwortung sehen Sie für sich als Landtagsabgeordnete bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Welche Maßnahmen wollen Sie im Landtag aktiv voranbringen oder unterstützen?*

#### **Antwort:**

Wir setzen die **Istanbul-Konvention konsequent um** und benennen **Femizide klar als Morde an Frauen**. Häusliche und sexualisierte Gewalt dürfen kein Tabu sein.

Wir stärken **Strafverfolgung, Prävention und Opferschutz** – mit elektronischen Fußfesseln, flächendeckenden Schutzangeboten, besserer Fachberatung sowie wirksamen Maßnahmen gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und die Loverboy-Methode. Das **Gewalthilfegesetz des Bundes** setzen wir im Land konsequent um.

### **2. Landesweit gleiche Finanzierung von Frauenhäusern:**

Frauenhäuser sind ein zentraler Bestandteil des Gewaltschutzes, ihre Finanzierung ist jedoch regional sehr unterschiedlich geregelt.

#### **Frage:**

*Welche Verantwortung trägt das Land aus Ihrer Sicht für eine verlässliche, landesweit gleiche Finanzierung von Frauenhäusern? Wie wollen Sie sich hierfür parlamentarisch einsetzen?*

#### **Antwort:**

Die hohen und vor allem steigenden Zahlen bei Gewalt an Frauen und Femiziden sind nicht hinnehmbar. Jede Frau hat einen Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt. Wir passen das Gewalthilfegesetz für Baden-Württemberg an, um den Rechtsanspruch konsequent umzusetzen. Wir erhöhen die Zahl der Beratungsstellen, der Frauen- und Kinderschutzhäuser und der Gewaltschutzambulanzen in Baden-Württemberg. In jedem Landkreis soll es mindestens einen Frauenhausplatz pro 10.000 Einwohner:innen geben.

### **3. Bezahlbare Anschlussunterbringung nach dem Frauenhausaufenthalt – Bezahlbarer Wohnraum:**

**Viele von gewaltbetroffenen Frauen\* und ihre Kinder finden nach dem Aufenthalt im Frauenhaus keinen bezahlbaren Wohnraum.**

#### **Frage:**

*Welche politischen Entscheidungen auf Landesebene halten Sie für notwendig, um eine verbindliche und bezahlbare, sichere Anschlussunterbringung nach der Erstaufnahme im Frauenhaus zu gewährleisten.*

#### **Antwort:**

Frauen\* und Männer\* haben auch im Bereich Wohnen Bedürfnisse, die teilweise voneinander abweichen. Besonders dramatisch drückt sich dies dort aus, wo die Sicherheit von Frauen\* durch ihre Partner:innen gefährdet wird. Frauen\*häuser und auch Second-Stage-Projekte für Frauen\* im Anschluss an ihren Aufenthalt in Frauen\*häusern haben daher für die SPD einen hohen Stellenwert, der sich aus unserer Sicht auch in Fördermitteln und personellen Kapazitäten niederschlagen soll.

**Frage:**

*Welche politischen Instrumente werden Sie einsetzen zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für Familien und Alleinerziehende mit geringeren Einkommen?*

**Antwort:**

Der angespannte Wohnungsmarkt trifft besonders Frauen\*, Alleinerziehende und andere vulnerable Gruppen. Wir stärken die **soziale Wohnraumförderung**, stocken Landesmittel deutlich auf und priorisieren **kommunale, genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Träger** vor renditeorientierten Projekten.

Wir wollen die Landesmittel für die soziale Wohnraumförderung aufstocken und bei der Vergabe der Mittel eine Priorisierung in Richtung von mehr Gemeinwohl vornehmen. Das bedeutet: Baden-Württemberg wird bis 2029 voraussichtlich 2,6 Milliarden Euro an Wohnraumförderung aus dem Bund erhalten. Diese große Summe wollen wir mit mindestens demselben Betrag aus Landesmitteln widerspiegeln, anstatt wie bisher nur maximal 60 Cent für jeden Euro hinzuzugeben. Außerdem wollen wir die Wohnraumförderung mit der Gießkanne beenden und die Mittel zuerst zu den kommunalen, genossenschaftlichen und anderen gemeinwohlorientierten Trägern lenken, bevor wir private Projekte damit fördern.

**AWO: Pflege stärken– Versorgung sichern****1.) In Baden- Württemberg werden über 2/3 der Pflegebedürftigen nach SGBXI im häuslichen Umfeld versorgt:****Frage:**

*Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um die Pflege im häuslichen Umfeld zu stärken?*

**Antwort:**

Jeder Mensch soll im Alter gut versorgt sein. Wir bauen **ambulante Pflege**, quartiersnahe Angebote, betreute Wohngemeinschaften sowie **Tages- und Kurzzeitpflege** aus und etablieren eine verbindliche **kommunale Pflegeplanung** im ganzen Land. Für präventive Hausbesuche bei älteren Menschen schaffen wir im ganzen Land das Angebot „Gemeindeschwesterplus“.

**2.) Die meisten Pflegebedürftigen, die zuhause gepflegt werden, werden von ihren Angehörigen versorgt, die diese oft weit über ihre Kräfte gehende Arbeit verrichten:****Frage:**

*Wie können Angehörige in der häuslichen Pflege gestärkt und unterstützt werden?*

**Antwort:**

Pflegende Angehörige leisten unverzichtbare Arbeit. Wir führen ein **sozialversicherungspflichtiges Gehalt** ein, stärken die **Gemeindeschwesterplus** für aufsuchende Beratung und bauen Entlastungsangebote wie Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege gezielt aus.

**3.) Eine Frage aus der Bundespolitik – Im letzten Herbst hat die Bundespolitik laut über die Abschaffung vom Pflegegrad I diskutiert:****Frage:**

*Welche Haltung haben Sie dazu?*

**Antwort:**

Die SPD ist gegen die Abschaffung des Pflegegrads I. Stattdessen muss das System effizienter werden. Eine Leistungskürzung, die zu großer Verunsicherung bei den Betroffenen führt, lehnen wir ab.

## **AWO: Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine zentrale Voraussetzung für echte Gleichstellung. Aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt Württemberg stehen dabei die Werte soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit und Chancengleichheit im Mittelpunkt. Noch immer tragen Frauen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit und sind dadurch häufiger von Teilzeit, Einkommensnachteilen und Altersarmut betroffen. Eine verlässliche Infrastruktur, gute Arbeitsbedingungen und eine aktive Gleichstellungspolitik sind entscheidend, damit Frauen in Baden-Württemberg selbstbestimmt arbeiten, Familienverantwortung übernehmen und wirtschaftlich abgesichert leben können.

**Frage:**

*Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um den Ausbau qualitativ hochwertiger und verlässlicher Ganztagsbetreuung (Kita und Schule) in Baden-Württemberg sicherzustellen?*

**Antwort:**

Familien brauchen Verlässlichkeit. Wir machen **Kitas gebührenfrei**, bauen Ganztagsbetreuung flächendeckend aus und setzen den **Rechtsanspruch auf Ganztage ab 2026** gemeinsam mit den Kommunen um. Tagespflegeeltern und Betriebskitas werden gezielt gestärkt.

**Frage:**

*Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in Berufen in Bildung, Erziehung und Pflege verbessern, um Fachkräfte zu gewinnen, zu halten und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken?*

**Antwort:**

Qualität braucht gutes Personal. Wir investieren **50 Mio. Euro** in Ausbildung und Direkteinstieg, verbessern Arbeitsbedingungen, schaffen Rückkehr- und Aufstockungsanreize und setzen auf **multiprofessionelle Teams** sowie eine sozialindexbasierte Ressourcensteuerung.

**Kitas:**

Die SPD stärkt die Ausbildung und die Arbeitsbedingungen von Fachkräften in der frühkindlichen Bildung und sorgt so für Qualität und Verlässlichkeit. Für wichtige Investitionen in die Ausbildung nehmen wir 50 Mio. Euro in die Hand, um den Direkteinstieg Kita sowie die praxisintegrierte Ausbildung zu stärken. Darüber hinaus schafft die SPD mit einem Rückkehr- und Aufstockungsbonus Anreize, wieder in den Beruf zurückzukehren bzw. bei Teilzeitbeschäftigung Arbeitszeiten aufzustocken. Dazu gehört auch die Sicherstellung der Gewährung der Leitungszeit für die Kita-Leitungen. Attraktive Aufstiegsmöglichkeiten z.B. bei einer Fortbildung zur Sprachförderkraft sorgen für bessere Bedingungen. Außerdem werden wir gezielt ausländische Fachkräfte anwerben, um den Fachkräfteengpass abzumildern. Die Einführung der sozialindexbasierten Ressourcensteuerung in Kitas führt dazu, dass zusätzliche personelle Ressourcen gezielt dort eingesetzt werden, wo besonders großer Bedarf besteht.

**Bildung:**

Durch bessere Arbeitsbedingungen und Entlastungen für Lehrkräfte möchten wir den Beruf der Lehrkraft attraktiver gestalten. Auch für alle ausgebildeten Grund-, Haupt- und Werkrealschullehrkräfte möchten wir die Besoldung auf A13/E13 anheben. Wir stehen weiter für praxisnahe Teilzeitregelungen. Wir werden Lehrkräfte von Sonderaufgaben entlasten und durch multiprofessionelle Teams unterstützen. Die Krankheitsvertretungsreserve bauen wir aus. Wir befürworten zudem die Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos und werden uns für ein flexibleres Vorgriffsstundenmodell sowie die Erweiterung des Modells der Altersermäßigung einsetzen. Zudem werden wir Unterstützungsmaßnahmen und Vorsorgeangebote für (angehende) Lehrkräfte ausbauen.

In der beruflichen Orientierung in den Gymnasien muss die berufliche der akademischen Ausbildung gleichgestellt werden. Wir machen uns für die Teilzeitausbildung stark. Sie steht für eine moderne Arbeitswelt und muss bekannter werden. Wir starten deshalb eine landesweite Informationskampagne und fördern das Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-Württemberg dauerhaft. Wo sonst in Teilzeitausbildung zu wenig verdient würde, stockt das Land auf.

**Pflege:**

In den vergangenen Jahren wurden große Fortschritte bei der Bezahlung von Pflegekräften erreicht. Das lag u.a. daran, dass die SPD im Bund die Tarifbindungspflicht eingeführt hat. Bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege erreichen wir durch mehr Digitalisierung sowie durch das Pflegekompetenzgesetz.

**Frage:**

*Welche Initiativen beabsichtigen Sie, um eine gerechtere Verteilung von Sorge- und Pflegearbeit zwischen Frauen und Männern zu fördern, etwa durch arbeitsmarkt-, familien- oder gleichstellungspolitische Instrumente?*

**Antwort:**

Wir verbessern die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** und gehen als Land mit gutem Beispiel voran – durch familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, mobiles Arbeiten und moderne Führungsstrukturen. **Alleinerziehende** werden gezielt durch zusätzliche Betreuungsangebote und Beratung unterstützt.

Zur Stärkung der **Gleichstellung** bauen wir strukturelle Benachteiligungen ab, sorgen für faire Aufstiegschancen und entwickeln einen **Aktionsplan gegen den Gender Pay Gap**. Dabei setzen wir auf Lohntransparenz, diskriminierungsfreie Karrierewege und eine bessere Arbeitsmarktintegration von **migrantischen Frauen**. Die Gleichstellungsstrategie des Landes wird dafür weiterentwickelt und verlässlich ausgestattet.

**Frage:**

*Welche Vorbildrolle soll das Land Baden-Württemberg als öffentlicher Arbeitgeber einnehmen, um flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Arbeitsmodelle und bessere Unterstützungsangebote für Frauen mit Sorgeverantwortung umzusetzen?*

**Antwort:**

Wir werden eine Novelle der Gleichstellungsstrategie Landes erarbeiten, in der konkrete Maßnahmen und Instrumente hinterlegt werden. Die Umsetzung der Gleichstellungsstrategie werden wir mit finanziellen und personellen Ressourcen ausstatten.